

Integration in den Kommunen: alle Akteure an einen Tisch!



Prof. Klaus Wermker

Die deutschen Kommunen haben in ihrer langen Geschichte schon größere Herausforderungen bewältigt als die, vor der sie jetzt stehen. Mehr als eine Million Flüchtlinge vor Krieg und Gewalt in ihren Heimatländern oder vor wirtschaftlich unerträglichen, perspektivlosen Lebensbedingungen sind im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen. Die Zahlen sind

im laufenden Jahr deutlich geringer geworden, aber das wird auf Dauer nicht so bleiben. Kriegerische Konflikte, Klimawandel und andere Naturkatastrophen werden auch in Zukunft grenzüberschreitende Migration auslösen. Wobei die Binnenmigration in den betroffenen Ländern/Regionen einen deutlich größeren Umfang hat als die internationale.

Beim Umgang mit der Migration nach Deutschland tragen die Kommunen die Hauptlast, ohne dass sie bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen ein wesentliches Mitspracherecht hätten. Wenn über die Kosten der Integration und deren Verteilung verhandelt wird, sprechen Bund und Länder miteinander, die kommunalen Spitzenverbände müssen sich auf Appelle beschränken. Wenn die Kanzlerin sagt: „Wir schaffen das“, ist das zu übersetzen in: „Die Kommunen schaffen das und ihre Bürger.“ Wir dürfen bei allem nüchternen Optimismus nicht übersehen, dass es neben vielen engagierten ehrenamtlichen Helfern zahlreiche ängstliche, besorgte Bürger gibt, die ihre Lebensweise, ihren Wohlstand, die Zukunftschancen ihrer Kinder durch die Zuwanderer bedroht sehen. Das äußert sich auch in Fremdenfeindlichkeit, in Rassismus, bis hin zur steigenden Zahl von Gewalttaten gegen Flüchtlinge, Flüchtlingsheime, ja gegen Bürger/Politiker, die sich für sie einsetzen, und in den jüngsten Wahlerfolgen einer Partei, die sich diese Ängste zunutze macht.

Wenn wir über die notwendige Integration der vielen Fremden reden, dann meinen wir nicht Assimilation, sondern das, was die Wissenschaft unvollständige Integration nennt, was typisch ist für die moderne (Stadt-)Gesellschaft. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen: Wer bleibt und wer geht wieder, wenn die Verhältnisse in den Herkunftsländern das zulassen. Ohne diese Frage präzise beantworten zu können muss sich unsere Integrationspolitik auch zum Ziel setzen, die Rückkehrer fit zu machen für eine Zukunft in ihrer Heimat.

Integration findet in den Kommunen statt, genauer in den Stadtteilen, dort wo die Menschen wohnen, ihre Kinder zur Schule gehen. Wir wissen, dass die Stadtteile, die schon heute mit großen Integrationsaufgaben belastet sind, die meisten neuen Fremden aufnehmen werden. Daran wird auch eine befristete Residenzpflicht nichts ändern. Es ist zu hoffen, dass die verstärkte Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit die Wirkung hat, dass die in diesen Stadträumen schon lange vorliegenden Probleme eine neue Aufmerksamkeit erfahren, dass diese Räume endlich so ausgestattet werden, dass sie ihrer Integrationsaufgabe gerecht werden können. Sie erbringen diese Aufgabe für die Gesellschaft insgesamt.

Neue Projekte, wie sie seit Jahren erfolgreich im Rahmen der „Sozialen Stadt“ realisiert werden, reichen nicht aus. Es geht um eine strukturelle Besserstellung. „Wir können das schaffen...“, weil die kommunale Selbstverwaltung in unserem Land überaus leistungsfähig ist, dauerhaft aber nur, wenn sie finanziell angemessen ausgestattet wird. Und wir schaffen das, weil sie das Kapital der eigensinnigen, engagierten Bürger hat. Der vhw-Workshop „Fluchtort Kommune“ vom 17. März 2016 in Essen, von dem wesentliche Aspekte in den Beiträgen dieses Heftes vertieft dargestellt werden, verfolgte mit Gewinn das Prinzip, alle Akteure des Sozialraums an einen Tisch zu bringen, um über Erfolge so gut wie über Defizite der Arbeit zu reden – Stadtentwicklung ist Gemeinschaftsaufgabe, auch in diesem Feld.

Prof. Klaus Wermker, Essen

Vorsitzender des vhw-Kuratoriums